

Grenzen der gerichtlichen Kontrolle des Verwaltungshandelns – außerrechtliche Maßstäbe und Erkenntnisdefizite

Les limites du contrôle juridictionnel des décisions techniques de l'administration
– Étude franco-allemande

Das moderne Verwaltungsrecht rezipiert in vielfältiger Weise nachbarwissenschaftliche Erkenntnisse. Es zwingt die Verwaltung dabei zunehmend, komplexe außerrechtliche Erwägungen anzustellen und eine Entscheidung auch bei objektiven fachlichen Wissenslücken zu treffen. Bislang nicht ausreichend geklärt ist allerdings, wie sich diese Entwicklung auf die Reichweite der gerichtlichen Nachprüfung auswirkt. Um zur Schließung dieser Forschungslücke beizutragen, untersucht die rechtsvergleichend angelegte Arbeit Parallelen zwischen dem deutschen und französischen Verwaltungsrecht. Zur Bestimmung der Grenzen der gerichtlichen Kontrolle richtet sie den Blick auf das Verhältnis von Tatsachen zum Recht. Sie entwickelt im Anschluss an den fundamentalen Rotmilan-Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 23. Oktober 2018 eine sachverhaltsbezogene Perspektive auf die Dogmatik administrativer Beurteilungskompetenzen, welche zur Besonderheit der Entscheidungssituation vordringt. Die Analyse gelangt dabei zu dem Befund, dass die Handhabung der deutschen Gerichte bei der Nachprüfung von außerrechtlich determiniertem Verwaltungshandeln und diejenige der französischen Gerichte bei der Überprüfung technischer Behördenentscheidungen sich auf bemerkenswerte Weise ähneln.